



**Geschäftsführung
Integrationsrat**

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 24.06.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 04.05.2010, 15:00 Uhr bis Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Özkan Aksoy	Aksoy
Herr Ahmed Altinova	KL
Herr Hasan Ates	KL
Herr Fevzi Bayrak	LB
Frau Lyudmyla Beysorina	Einheit
Herr Musa Cavus	Dein Köln
Frau Ebru Coban	KL
Firma Antonella Giurano	Bunte
Frau Filiz Kalaman	LDK
Herr Serkan Kirli	Mevlana
Frau Minu Nikpay	KÖBES
Frau Veronica Oommen	GOL
Herr Turan Özkücük	LDK
Herr Dimitri Rempel	Einheit
Herr Fatih Turan	KIM
Herr Ilhan Uzun	Mevlana

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Malik Karaman	SPD
Frau Gonca Mucuk-Edis	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD

Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Bernhard Ensmann	CDU
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Stefan Peil	GRÜNE
Frau Sylvia Laufenberg	FDP Fraktion

Verwaltung

Frau Dr. Beate Blüggel
Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst
Frau Dagmar Dahmen
Frau Ina-Beate Fohlmeister

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender

Herr Tayfun Keltok	LDK
--------------------	-----

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Ali Esen	LB
Frau Yeliz Karadeli-Yasar	KL
Herr Tekin Parmaksiz	SPD bzw. LDK
Frau Marion Schneider-Meyer	Integration Colonia
Frau Suzan Ugursoy	INTERFAMILIA

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Uckermann	pro Köln
Frau Özlem Demirel	DIE LINKE.

Verwaltung

Herr Andreas Vetter

Aufgrund der Erkrankung des Vorsitzenden Herrn Keltok und der 1. Stellvertreterin Frau Karadeli-Yasar übernimmt der 2. Stellvertreter Herr Rempel die Sitzungsleitung.

Aufgrund der Erkrankung von Herrn Vetter wird Frau Njio einstimmig als Schriftführerin für die aktuelle Sitzung bestimmt.

Frau Bredehorst teilt mit, dass

- zur Anfrage von pro-köln zum Thema ‚Dolmetscherkosten‘ mehrere Dienststellen abzufragen waren; die Antwort ist fertig, muss allerdings von diesen Dienststellen noch mitgezeichnet werden, so dass sie leider nicht mehr rechtzeitig zur Sitzung vorgelegt werden konnte;
- von den in der letzten Sitzung gestellten Anfragen liegt aufgrund der kurzen Sitzungsfolge des Integrationsrates bislang eine Beantwortung zum Thema ‚Gemeinsamer Unterricht‘ vor; die übrigen Anfragen sind noch in der Bearbeitung;
- der „Antrag auf einen E-Mail Verteiler“ wird seitens der Verwaltung noch bezüglich eventueller datenschutzrechtlicher Probleme bewertet;
- der Antrag auf Umbenennung einer Straße nach Johannes Rau wurde wie beschlossen, an das Büro des Oberbürgermeisters weitergeleitet,
- wie bereits angekündigt ist aufgrund der geänderten Gemeindeordnung eine Anpassung der Geschäftsordnung des Integrationsrates und anschließende Entscheidung durch den Rat erforderlich ist. Die Überarbeitung ist erfolgt und hätte als Tischvorlage vorgelegt werden können. Da die Angelegenheit zeitlich nicht drängt, soll diese Vorlage in der nächsten Sitzung behandelt werden.

Frau Bredehorst begrüßt die als ‚Ständige Gäste‘ anwesenden ehemaligen beratenden Mitglieder des Integrationsrates.

Herr Rempel teilt mit, dass der ‚Arbeitskreis Schwerpunkte‘ zum 2. Mal getagt hat. Das erarbeitete Ergebnis muss noch einmal in der Arbeitsgruppe abgestimmt und soll in der Juni Sitzung vorgelegt werden.

Des Weiteren wurden Herr Prof. Bukow und Frau Lausberg eingeladen, um den Tagesordnungspunkt 4.3 "Rechtsextremismus im Türkischen Milieu" direkt zu Beginn der Sitzung vorzustellen.

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen einstimmig zu.

Herr Jung beklagt die schlechte Vorbereitung der Sitzung und den kurzfristigen Versand der Vorlagen und beantragt, die Tagesordnungspunkte 7.4 und 7.5 wegen Verfristung und den Tagesordnungspunkt 4.2 wegen der Umfänglichkeit der vorgelegten Broschüre, in der nächsten Sitzung zu behandeln. Er kritisiert, dass zu den Tagesordnungspunkten 6.1 und 6.2 keine Unterlagen vorliegen.

Frau Bredehorst bittet vielmals um Entschuldigung und verweist auf den krankheitsbedingten Ausfall von zwei Mitarbeitern in einem relativ kleinen städtischen Referat, der zunehmenden Arbeitsbelastung in der Stadtverwaltung und dem nur dreiwöchigen Zeitraum zwischen der letzten und der aktuellen Sitzung des Integrationsrates.

Sie weist darauf hin, dass ‚Mitteilungen‘ und ‚Beantwortungen von Anfragen‘ seitens der Verwaltung auch kurzfristig auf die Tagesordnung genommen werden; hier besteht die ausdrückliche Möglichkeit diese auf die nächste Sitzung zu verschieben. ‚Beschlussvorlagen‘ für den Integrationsrat werden seitens der Verwaltung gemäß den in der Geschäftsordnung vorgesehenen Fristen versandt.

Die aktuelle Tagesordnung wird ergänzt um

- den Tagesordnungspunkt 3.1 „Gemeinsamer Unterricht an Grundschulen“;
- den Tagesordnungspunkt 4.2, Broschüre „Potentiale der Prävention“ - dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung noch einmal behandelt;
- den Tagesordnungspunkt 4.4 „Sport in Metropolen“ – dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung noch einmal behandelt;
- den Tagesordnungspunkt 7.5 „Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner / Einwohnerinnen in die Ratsausschüsse – Ausschuss Liegenschaften“ - dieser Tagesordnungspunkt wird von der Verwaltung zurück gezogen und in der nächsten Sitzung noch einmal behandelt.

Zu den Tagesordnungspunkten 6.1 und 6.2 gab es in der Regel keine schriftlichen Vorlagen, sondern immer mündliche Berichte.

Der Tagesordnungspunkt 7.1 „Entsendung eines Mitgliedes des Integrationsrates in den Beirat zum Moscheeneubau der DITIB in Köln-Ehrenfeld“ wurde aus der letzten Sitzung des Integrationsrates vertagt und daher für diese Sitzung nicht erneut umgedruckt.

Der Tagesordnungspunkt 7.3 „Geschäftsordnung des Integrationsrates“ wird von der Verwaltung zurück gezogen.

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen der geänderten Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Aktuelle Themen

2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

3.1 Gemeinsamer Unterricht an Grundschulen der Stadt Köln 1708/2010

4 Mitteilungen

- 4.1 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2010
1445/2010
- 4.2 Potentiale der Prävention - Broschüre zu einer Veranstaltung im Rahmen der Interkulturellen Woche 2009
1683/2010
- 4.3 Ergebnisse des Forschungsprojektes "Rechtsextremismus im Türkischen Milieu,
Teil I: Rahmenbedingungen des Rechtsradikalismus"
1690/2010
- 4.4 Sport in Metropolen
Netzwerk Sport und Bewegung Mülheim und Nippes
1298/2010
- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 6 Berichte**
- 6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 6.2 Bericht aus der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA NRW)
- 7 Beschlussvorlagen**
- 7.1 Entsendung eines Mitgliedes des Integrationsrates in den Beirat zum Moscheeneubau der DITIB in Köln-Ehrenfeld
1280/2010
- 7.2 Tagesordnung der Sitzungen des Integrationsrates - Ergänzung
1676/2010

- 7.3 Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 7.4 Aktionstag Sprachenvielfalt - Unterstützung einer Fachtagung
1716/2010

- 7.5 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner
/ Einwohnerinnen in die Ratsausschüsse - Ausschuss Liegenschaften
1853/2010

- 8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des
Integrationsrates**

- 9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrati-
onsrates**

I. Öffentlicher Teil

1 Aktuelle Themen

Beschluss:

Kenntnis genommen

2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

3.1 Gemeinsamer Unterricht an Grundschulen der Stadt Köln 1708/2010

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis,

4 Mitteilungen

4.1 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2010 1445/2010

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.2 Potentiale der Prävention - Broschüre zu einer Veranstaltung im Rahmen der Interkulturellen Woche 2009
1683/2010**

Dieser Tagesordnungspunkt wird zurück gestellt und soll in der nächsten Sitzung behandelt werden.

**4.3 Ergebnisse des Forschungsprojektes "Rechtsextremismus im Türkischen Milieu,
Teil I: Rahmenbedingungen des Rechtsradikalismus"
1690/2010**

Herr Professor Buckow und Frau Lausberg von der „Forschungsstelle für Interkulturelle Studien der Universität Köln“ (FIST) stellen die in Schriftform vorliegenden Ergebnisse des Forschungsprojektes „Rechtsextremismus im Türkischen Milieu, Teil I: Rahmenbedingungen des Rechtsradikalismus“ in den Kernaussagen mündlich vor.

Im Anschluss daran, werden unterschiedliche Fragen formuliert und diskutiert – wesentliche Aussagen werden nachfolgend ausführlich, teilweise wörtlich wiedergegeben.

Herr Uzun:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre ausführlichen Erläuterungen, ich habe aber einige Fragen: Es wurde hier zum Beispiel zu unserer Liste einiges gesagt und ich bin das einzige CDU-Mitglied, aber es würde mich einiges interessieren.

Zu meiner Person - seit 1969 lebe ich in Porz. Wenn Sie in den 70er - Jahren einen Türken auf der Straße gesehen haben, da haben sie sich gefreut; wir sind also mit Kurden, Aleviten, Türken, Sunniten zusammengewachsen, also in richtig deutscher Kultur. Aber ich bin auch Mitglied im Solidaritätsbund, dieser Verein ist ja bekannt. Ich habe auf dieser Liste kandidiert und diese Person hier im Integrationsrat, welche damals diese Abschiebungsanträge usw. gestellt hat, wenn man da an diese Person denkt, dann müsste ich rein theoretisch nach ihrer Vorstellung als Kommunist bezeichnet werden.

Ja und jetzt zum friedlichen Miteinander: hier wird im Rahmen der Untersuchung gesagt, dass die Vereinsverantwortlichen nicht mit ihnen kooperiert haben - das kann ja gar nicht stimmen. Ich kann mich an 2007 erinnern, dass, nachdem die PKK-Demonstration hier in Köln stattgefunden hat, 70 bis 80 Jugendliche nach Mülheim gegangen sind und in Zusammenarbeit mit der Mülheimer Polizei und den verantwortlichen Personen aus dem Verein Schlimmeres verhinderten. Davon ist hier keine Rede gewesen.

Ich frage mich, wie diese Untersuchung durchgeführt wurde. Wir werden als ‚Rechte‘ eingestuft. Ich bin 1969 hier nach Deutschland gekommen und seitdem lebe ich hier. Wenn ich an die alten Zeiten denke, wo unsere Heimat, Nachbarn, Europa und diese WDR-Radiosendungen hatten - wir sind mit Heimatliebe aufgewachsen. Diese Heimatliebe können Sie mit dem Hitlernationalismus gar nicht vergleichen.

Das Wort ‚Patrioten‘ wird hier gar nicht erwähnt. Egal was sie sagen, sie können mir

meine Heimatliebe nicht wegnehmen, diese bleibt einfach - und dafür werde ich als rechtsradikal eingestuft?

Wie wurde diese Untersuchung eigentlich durchgeführt? Sie können gerne zu uns kommen - ich mache Ihnen die Vereinsräumlichkeiten auf. Damals ist eine Frau Schmitt gekommen und hat Aufnahmen gemacht und Interviews durchgeführt und kein Wort wurde in der Presse berichtet. Werden wir vera..., oder werden hier von den Universitäten richtige Untersuchungen durchgeführt. Ich bin froh, wenn so etwas rauskommt.

Ich bin auch mit den Aleviten zusammen aufgewachsen. Als der erste alevitische Verein in Porz gegründet wurde, war ich auch mit dabei:

Also dieses friedliche Miteinanderleben wird von anderen Personen immer zerstört. Ich würde mich interessieren, was ist überhaupt passiert, nachdem durch den Militärputsch in der Türkei die ganzen Leute nach Europa eingereist sind. *(Die Einlassung wurde mit Hinweis auf das Ende der Redezeit unterbrochen).*

Herr Bukow:

Sie werden verstehen, dass wir zur biographischen Situation keine Auskunft geben können, das ist auch nicht der Sinn der Studie. Diese Studie ist ja nur eine kurze Zusammenfassung dessen, was wir als Quintessenz herausbekommen haben, da sind auch einige Beispiele genannt. 90% von dem, was es in diesem Feld gibt und was vielleicht auch diskussionswürdig ist, steht natürlich in der Studie gar nicht drin, da müsste man schon sehr ausführlicher Bericht erstatten.

Aber im Großen und Ganzen glaube ich, ist die Linie schon deutlich geworden. Es geht auch gar nicht darum irgendjemandem etwas vorzuwerfen. Das ist auch nicht die Sache der Sozialwissenschaften, sondern wir haben versucht, ein Verständnis oder ein Verstehen zu schaffen über die Zusammenhänge, die in diesem Fall eine Rolle spielen - wie es dazu kommt, dass es heute Jugendliche gibt, die ganz offensichtlich einer rechten Bewegung angehören und sich in einem Argumentationszusammenhang bewegen, der mit ihrer Lebenssituation eigentlich kaum noch etwas zu tun hat. Das ist eigentlich der Ausgangspunkt, über den man nachdenken kann. Das haben wir, glaube ich, sehr deutlich gemacht, dass es eben Hintergründe gibt, die mit der Migration zu tun haben. In anderen Ländern gibt es ähnliche Beispiele, es ist überhaupt nichts Spezifisches und wir haben bestimmte Organisationen benannt, die ganz offensichtlich hier für diese Verbindung stehen. Mehr haben wir eigentlich nicht gesagt.

Herr Kirli

Ich wollte zunächst auch mal auf die Armenierfrage oder auf den sogenannten Völkermord eingehen, auch wenn viele Türken aufgrund ihrer Angst oder aufgrund ihrer Heuchelei nicht in der Lage sind es zu sagen - ich sage es hier. In den Jahren zwischen 1915 und 1918 sind mindestens genauso viele Türken bzw. Kurden – also Oberbegriff ‚Muslime‘ - ums Leben gekommen, wie Armenier - mindestens.

Zweitens enthält der Bericht viele sachliche Fehler. Die ATIB ist zum Beispiel keine *(unverständlich)* übliche Bewegung. Sie ist auch nicht Mitglied der Idealistenvereine in Deutschland und schon gar nicht haben diese Idealistenvereine eine antireligiöse Haltung. Der Bericht ist in groben Zügen vom Verfassungsschutz des Landes NRW übernommen worden und ist leicht umformuliert worden. Wenn hier von rechtsradikalen Türken die Rede ist, dann ist von den so genannten Türkisten die Rede, von denen sich die Idealisten strengstens distanzieren.

Zudem wird der Begriff Nationalismus in der Türkei unter den Türken auch ganz anders verstanden und ausgelegt als in Deutschland oder in Italien oder sonstwo.

Herr Bukow:

Ich bin ja immer froh, wenn ich als staatstragend betrachtet werde, das überrascht mich immer, also bis zum Vertreter des Verfassungsschutzes bin ich glücklicherweise noch nicht gekommen.

Ich finde es ein bisschen anders, als es im Verfassungsbericht steht. Ich wüsste also ehrlich gesagt keine Überschneidung, ich habe auch mit den Leuten vom Bundesamt gar nicht diskutiert. Wir sind ehrlich gesagt auf diese Idee gar nicht gekommen - aber man kann das ja noch nachholen.

Das Entscheidende ist, da haben Sie genau recht - wenn man ganz genau hinschaut, sieht man innerhalb der einzelnen Bewegungen, das ist eben das Merkmal von ideologisch geprägten Bewegungen, da finden Sie dann totale Unterschiede.

Wenn Sie in anderen Bereichen, wenn Sie in der Ökologiebewegung oder wenn Sie eine ‚weiß ich was‘ - Stiftung untersuchen, können Sie auch die politische Bewegung dazu nennen. Wenn Sie genau hinschauen, finden sie eine sehr starke Differenzierungen im Einzelnen. Das ist ja gerade die Kunst eines Beobachters, die Hauptelemente zusammenzufügen, die dem, der in der Bewegung selber beteiligt ist, vielleicht gar nicht so bewusst ist.

Das ist eine idealtypische Konzeption, die wir hier machen, sonst müssten wir hier 1000 Seiten liefern. Ich glaube, die Stadt Köln wäre nicht erfreut gewesen, wenn wir von ihr hier 600.000,- € verlangt hätten, um diese Seiten zu erstellen. Wir sind darauf angewiesen, sozusagen die Grundströmungen zu markieren.

Man müsste dann sehen, wenn man später die Leute genau befragt, ob das noch deckungsgleich ist, ob die wichtigsten Elemente noch da sind, sonst müsste man auch seine Struktur, auch seinen theoretischen Zugang modifizieren.

Wir beziehen uns allerdings bei der theoretischen Diskussion nicht nur auf die eigenen Debatten, sondern natürlich auf eine breite wissenschaftliche Debatte von sozialwissenschaftlichen Experten. Wenn wir also hier falsch liegen - deutlich falsch liegen - dann liegen nicht nur wir falsch, sondern liegen sehr viele Experten falsch, was aber auch mal passieren kann, was aber nicht so wahrscheinlich ist. Normalerweise ist es dann so, das der einzelne Beteiligte sich selber dann doch anders einschätzt, als man ihn von außen einschätzt - solche Erfahrungen gehören zum Alltag dazu.

Herr Helling:

Herr Vorsitzender meine Damen und Herren, ich möchte versuchen das Ganze in einem anderen Rahmen zu diskutieren.

Wir haben relativ häufig die Fragen Rassismus und Antidiskriminierung diskutiert - wir haben ja in Köln ein relativ gut entwickeltes System auch der Antidiskriminierungsbüros - und wir haben auf der ganz anderen Ebene Rassismus diskutiert anhand der Aktivitäten des Deutschen Rechtsextremismus - auch das haben wir häufiger gemacht, aber wie gesagt, nicht systematisch.

Wenn wir das systematisch gemacht hätten, dann wären wir früher auf Erscheinungen gestoßen die wir heute hier feststellen: Rechtsextremer Rassismus innerhalb bestimmter Szenen in dieser städtischen Gesellschaft.

Dies ist aber auch - wie wir in der laufenden Debatte sehen - natürlich ein bisschen schwierig, weil das einen bestimmten Pragmatismus, den wir bisher hier im Integrationsrat hatten und der dazu geführt hat, dass alle Kräfte im Integrationsrat immer sehr einvernehmlich miteinander gearbeitet haben, dass dieser Pragmatismus möglicherweise jetzt gefährdet ist. Das heißt, diese Diskussion birgt auch ein bisschen die Gefahr, dass man sich untereinander zerhackt und primär nur noch über diese Fragen redet. Beispielsweise - und das ist Spannende, wo wir jetzt eine Herausforderung für

die Zukunft haben - beispielsweise um die politischen Folgen.

Welche Rolle und welchen Hintergrund hat beispielsweise so eine Liste wie Mevlana, aber auch die Frage wie ist das Verhältnis der CDU dazu ist. Aber ich kann auch für die GRÜNEN sagen, wir haben bestimmte Probleme mit bestimmten Organisationen und Kräften mit Migranten - wie sind diese Verhältnisse einzuschätzen. Bis dahin, dass beispielsweise ATIB, wie wir gesehen haben, seit Mitte der 90er-Jahre im Zentralrat der Muslime ist. Der Zentralrat der Muslime war wiederum auf Bundesebene zumindest bisher ein ernsthafter Verhandlungspartner der diversen zentralen Konferenzen und wir haben hier in Köln auch Auswirkungen im Rat der Religionen dazu. Insofern glaube ich, dass wir gut daran täten, das als Einstieg in die Thematik einer systematischen Extremismusdebatte zu nutzen.

Ich muss also als Letztes auf ein Dilemma hinweisen. Jeder hat gesehen, und das haben mir auch die Referenten gesagt, dass eigentlich der spannendere Teil der Teil 2 wird und da ist es ja leider so, dass wir realpolitisch vor den Finanzschwierigkeiten stehen. Wir müssen uns irgendwelche Auswege überlegen, weil ich glaube, dass der Schwerpunkt der Debatte im Teil 2 geführt - aber das muss erstmal finanziert werden. Vielleicht sollten wir uns da auch Gedanken machen, wie wir zu einer entsprechenden Finanzierung kämen.

Zusammengefasst finde ich den Aufschlag dieser Debatte heute gut und ich sehe da sehr viele Chancen - aber es hat auch Risiken.

Herr Bukow:

Im Grunde kann ich dazu ja nichts sagen, weil es ja die Studie nicht direkt betraf, sondern die Resonanz dieser Studien in diesem Kreis. Ich kann da eigentlich nur das sagen, was der Kollege Schiffauer immer sagt, das es natürlich ganz wichtig ist, über diese Themen zu diskutieren.

Manche Probleme lösen sich ja schon dadurch, dass man einfach mit den Menschen redet. Weil - das wird hier auch deutlich - natürlich die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu einer Abschottung der Gruppen führt und dann innerhalb der Gruppen zu einer unheilvollen Dynamik, sozusagen zu einer Binnendynamik führt, die keiner will und die auch aufhört, wenn diese Abschottung aufhört.

Also ich denke, wenn man miteinander offen umgeht und diskutiert – ich selber bin kein Fan von religiösen Themen, aber ich diskutiere auch da immer gerne mit - einfach um zu zeigen, dass man, ob es nun nationale oder andere Debatten sind, sich daran beteiligt, miteinander redet, Argumente findet und dann ist vieles schon ganz anders.

Ich glaube auch - wenn ich das von außen betrachte - dass diejenigen, die in so einem Integrationsrat sind, sicherlich in einer ganz anderen Position sind, als hätten sie nie die Chance gehabt sich zu Wort zu melden. Das entwickelt sich dann einfach anders.

Um zur Gruppe der Kölner türkischen Jugendlichen zurückzukommen: in dem Maße, in dem sich die Kölner Türken als Kölner Türken interpretieren, wenn sie dann vielleicht immer noch rechtsradikale Tendenzen haben, dann gehen sie, fürchte ich, der Einfachheit halber zu Pro Köln. Das heißt - auch wenn wir diese rechtsradikalen Strömungen hier in dem eigenen Einzugsbereich bekämpfen - nicht dass der Rechtsradikalismus völlig verschwindet, sondern das heißt wahrscheinlich nur, dass er sein Label ändert. Auf der anderen Seite werden sich die Verhältnisse hoffentlich weiterhin normalisieren, so dass wir es nur mit einer relativ kleinen Gruppe zum Schluss zu tun haben.

Also für eine Aufgeregtheit ist auch jetzt kein Anlass, sondern das, was sich wahrscheinlich einspielt, wird eine relativ starke Normalisierung sein. Ob diese sich noch

mit dem Wolfskopf ziert oder ob die da inzwischen gemerkt haben, dass es ja eigentlich das Label der größten Outdoorfirma der Welt ist, oder ob sie sich mit einem anderen Symbol dann zieren, das werden wir dann sehen.

Je mehr man über die Dinge weiß und je mehr die Beteiligten wissen, umso weniger problematisch ist es im Grunde.

Frau Mucuk-Edis:

In Teilen hat Herr Helling das eigentlich schon angesprochen, was ich ansprechen wollte. Ich wollte noch einmal daran erinnern, dass wir hier im Integrationsrat sitzen und uns mit den Belangen unserer Kommune im integrationspolitischen Sinne auseinandersetzen sollen und dementsprechend finde ich den ersten Teil der Studie als Basis und als Fundament sehr wichtig und auch sehr richtig, dass es gemacht wurde. Der Hintergrund dieser ganzen Studie war die Auseinandersetzung im Rat der Religionen und daher ist der Diskurs definitiv angebracht und den müssen wir auch hier führen - nur ich würde den gerne weiter führen wollen, wenn der zweite Teil vorliegt. Ich plädiere sehr dafür, dass wir den zweiten Teil in irgendeiner Form realisieren, weil da berichtet werden soll, was uns wirklich kommunalpolitisch interessiert, woran wir anknüpfen können, wo wir sehen können, was unsere Aufgaben sind und wo wir ansetzen können, damit eben die Jugendlichen nicht politisch extrem werden, ob nun links- oder rechtsextrem - wie auch immer. Wir können dann genauer und wissenschaftlicher hingucken und Konzepte dagegen entwickeln und dagegen steuern, damit das sogenannte friedliche Zusammenleben - obwohl ich diesen Begriff wirklich einfach nicht mehr hören kann - auch funktionieren kann.

Also, deswegen würde ich sehr dafür plädieren, dass wir als Integrationsrat gemeinsam uns dafür stark machen und einsetzen und dass der zweite Teil auch wirklich finanziert und realisiert wird, weil das spannend wird.

Herr Elster:

Der Bericht ist in der Tat zunächst einmal sehr interessant, allerdings muss man schon sagen, da ist sehr viel Konjunktiv hier vorgetragen worden ist. Wir haben also sehr viel hätte, wollte, könnte, sollte, müsste gehört und das ist in der Tat eigentlich enttäuschend.

Insgesamt sind die Zahlenfakten, die vorgestellt werden, hinlänglich bekannt; das meiste ist im Internet nachlesbar. Ich denke, die meisten von uns haben sich darüber im Laufe ihrer politischen Arbeit schon informieren können und mir fehlt eigentlich - wenn ich mal ganz ehrlich bin und ein bisschen Methodenkritik üben darf - der Schritt, der noch etwas weitergeht, als das, was im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2009 veröffentlicht worden ist.

Mir fehlt auch ein bisschen der Bezug zu den Zahlen, Daten, Fakten, die offiziell die Behörden bereitstellen, die dafür berufen sind und die wir dafür eigens finanzieren. Ich hätte ganz gerne deutlich mehr Information aus dem Staatsschutzbereich hier zur Verfügung gestellt bekommen. Ich bitte die Verwaltung, den Bericht, den wir jetzt hier bekommen haben, zu ergänzen, wenn wir in den AVR gehen, und zwar um den Verfassungsschutzbericht des Landes NRW - zumindest dann die relevanten Kapitel wo die ‚Grauen Wölfe‘ thematisiert werden - und ich bitte auch den Verfassungsschutzbericht des Bundes zu überprüfen, ob das Thema ‚Graue Wölfe‘ dort in 2009 überhaupt thematisiert worden ist. Das ist nämlich schon wichtig, weil wir natürlich auch daran interessiert sind zu wissen, welche tatsächlichen Gefahrenpotentiale für unsere Kommune und für unser Gemeinwesen aus dieser Gruppierung erwachsen. Das ist ja auch ein wichtiges Thema. Dass diese ‚Grauen Wölfe‘ offensichtlich hier in Köln wie auch in anderen Kommunen vorhanden sind, sagt der Verfassungsschutzbericht, aber wir

sind natürlich auch an den Aussagen des Kölner Staatsschutzes, also der Kölner Polizei interessiert, welche Gefahren insbesondere hier für Köln festzustellen sind.

Das ist ja ein ganz wichtiges Thema, bevor wir den zweiten Teil der Studie überhaupt angehen. Die Kölner Spezifika werden mir viel zu wenig herausgestellt. Wir lernen ganz viel über die Organisation ganz allgemein, aber das ist wie gesagt, kaum ein Schritt mehr, als das was mir das Internet heute auch zur Verfügung stellt. Was ganz wichtig ist, ist das Thema - also von daher kommt noch mal Methodenkritik -, und ich bin sicher, dass wir auch das auch im AVR vor diesem Hintergrund diskutieren müssen, was der Verfassungsschutz zu dem Thema zu sagen hat.

Für die zweite Runde - und ich gehe davon aus, dass wir beschließen werden, den zweiten Teil der Untersuchung in Auftrag zu geben - ist ganz wichtig das, was Herr Prof. Bukow gerade eben noch gesagt hat. Es geht um das Thema Abgrenzung und Ausgrenzung, also der Umgang mit den Gruppierungen, die jetzt dem türkisch-nationalistischen Umfeld zuzuordnen sind und den Vorteilen und Nachteilen, die man sich als Gesellschaft damit erkaufte, wenn man Ausgrenzung und Abgrenzung betreibt. Das wäre ein wichtiges Thema, inwieweit man jetzt den einen oder andern Nachteil sich einkauft, indem man Leute versucht in Strukturen zu integrieren und dadurch den Vorteil aber hat, dass man eben diese Ausgrenzung und Abschottung damit beseitigt. Das ist ein wichtiger Punkt, den es herauszuarbeiten gilt, wie wir als Parteien damit umzugehen haben und wie wir hier überhaupt mit kommunalen Strukturen auf solche Gruppierungen zu antworten haben und in dem es gilt das Kölnspezifische herauszuarbeiten. Das ist der Punkt, wo Herr Prof. Bukow noch mal gefordert ist.

Es ist wirklich in der Tat wichtig, wie wir als Kommune mit diesem Phänomen umzugehen haben und welches Gefahrenpotential besteht. Wenn kein Gefahrenpotential droht, ist es natürlich fraglich, größere Ressourcen in diesen Bereich zu investieren weil wir natürlich noch andere Problemfelder haben und diese das Geld ebenso dringend brauchen.

Herr Cavus:

Also ich habe in der Türkei studiert und habe mein Abi auch in der Türkei gemacht und sehe das Forschungsprojekt eigentlich nicht so richtig. Ich bin auch kein 'Grauer Wolf' oder so etwas, aber wenn ich mir das Projekt so ansehe, dann sehe ich, dass ich auch dort zugeordnet bin.

Die Frage ist: Warum? Wenn ich das Wort 'Islam' und 'Kemalismus' hier sehe - ich bin auch 'Kemalist' und stehe dafür - manche Sätze der Studie sind irgendwie nicht richtig. Hier steht zum Beispiel: „sie zeigte sich im Jahre 2007 auf tragische Weise an dem Mord des armenischen Journalisten Hrant Dink, der auf offener Straße von einem Anhänger der 'Grauen Wölfe' erschossen wurde“. Das ist absurd, weil in der Türkei veröffentlicht worden ist, dass es von ... (*unverständlich*) gemacht worden ist und nicht von den 'Grauen Wölfen' oder so etwas.

Also man muss sich mal richtig damit befassen und außerdem habe ich mich mit den Herren Dr. Bozay und Dr. Aslan mal befasst, also in Google mal nachgeschaut und mal durchgelesen. Ich habe auch dort viele Sachen gelesen, die nicht richtig sind. Man könnte selber mal googeln und gucken oder die Bücher von Bozay und Aslan kaufen, um dort auch zu sehen, dass auch nicht alles so richtig passt.

Was mich noch interessiert, ist - ich habe mir die Studie ein paar Mal durchgelesen und dort gesehen, dass sich dieses Forschungsexperiment hier mit der Türkei befasst. Was da alles so drinsteht, mischt sich in die Situation in der Türkei ein. Das ist eigentlich auch nicht so richtig, wir leben hier in Deutschland und wir sollten Richtung Deutschland gucken.

Zuletzt noch ein Wort - ja lacht weiter - also als Steuerzahler würde ich nicht dafür

Steuern zahlen - gut, also die Stadt Köln nimmt von mir die Steuern ab. 30.000,- € für so was das finde ich nicht in Ordnung.

Frau Laufenberg:

Ich möchte mich erstmal für die Studie bedanken. Ich finde sie auch ein bisschen mager bzw. auch ein bisschen zu allgemein gehalten, das ist aber jetzt schon öfter gesagt worden.

Was mich ein bisschen verunsichert ist, wie Sie an diese Studie herangegangen sind. Sie schreiben hier und haben dies auch berichtet, dass sie hier mit 15 Experten / Expertinnen Gespräche geführt haben. Das finde ich grundsätzlich auch richtig, man muss Experten für eine Studie hinzuziehen. Ich würde doch gerne wissen, wie Ihre Auswahl dieser Expertinnen und Experten erfolgt ist. Wenn ich hier ‚ein Lehrer, ein türkischer Journalist, ein deutscher Journalist, drei Lokalpolitiker‘ lese, dann habe ich doch das Gefühl, dass hier eine sehr einseitige Meinung reproduziert werden kann. Dementsprechend würde ich gerne die Auswahlkriterien der Experten erfragen - danke.

Herr Özküçük:

Ich habe ein bisschen Probleme mit der Debatte. Wir haben den Tagesordnungspunkt 4 - er heißt ‚Informationen / Berichte‘ und wir haben eine Debatte daraus gemacht. Ich scheue zwar die Diskussion nicht, aber ich wünschte, das wäre als Debatte auch deklariert, dann könnte man darüber diskutieren.

Das andere ist: ich konnte den Bericht nur überfliegen, das heißt über die genaueren Inhalte bin ich noch gar nicht informiert und in der Lage zu diskutieren. Dennoch habe ich Probleme dahingehend, dass man in so einer Studie die Historie politisiert und auch das tägliche Leben.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben: Es wird die Liste Mevlana zitiert. Wir haben in diesem Gremium einen Vorsitzenden gehabt, der war aus der Liste Mevlana, den haben wir hier zum Vorsitzenden gewählt, war er ein Rechtsextremist? Ich habe ihn hier als geradlinigen, ehrlichen und verantwortungsbewussten Menschen schätzen gelernt. Ich habe ihn zwar nicht gewählt, aber ich habe ihn in seiner Arbeit hier schätzen gelernt. Was soll das denn, warum sollen wir das tägliche Leben so politisieren, dass wir uns von uns selbst distanzieren müssen. Ich finde das problematisch.

Ich denke, wir wollten langsam aufhören zu debattieren. Wenn einzelne Fragen zur Studie noch bestehen, sollen sie gestellt werden, aber eine Debatte ist nicht angebracht.

Herr Jung:

Ich denke, dass wir hier im Integrationsrat nicht das Ziel haben, uns zu Experten auf diesem Gebiet zu machen, denn dann wären wir von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Dafür gibt es viel zu viele Facetten und Unterschiede, man muss dies wie Herr Prof. Bukow studiert und lange Jahre darin gearbeitet haben, um überhaupt differenzieren zu können, wer wohin gehört.

Wenn ich hier als Person im Integrationsrat sitze und Sie würden mich jetzt fragen: „wer gehört denn von den gewählten Ausländervertretern zu welcher Gruppe, welcher Hintergrund hat hier jeder Einzelne“, dann bin ich schon gescheitert. Also macht es insofern wenig Sinn, sich hier in dieser Angelegenheit oder in diesem Gremium zum Experten zu machen. Natürlich habe ich viel gelernt, gelesen und insbesondere durch die mündlichen Ergänzungen von Frau Laufenberg und von Herrn Prof. Bukow sehe ich

verschiedene Dinge in einem etwas anderen Licht.

In der Vorlage ist zu lesen, dass zum Beispiel benachteiligte Personen - ich glaube das gilt aber für alle Systeme - schneller für gewisse Gruppen zu gewinnen sind, die sich am Ende der Gesellschaft befinden. Wenn ich die einfangen will, habe ich es einfacher weil diese sich als Verlierer sehen und ich ihnen damit eine Chance biete, sich zu produzieren. Also insofern glaube ich ist das bei uns damals auch nicht anders gewesen.

Was eigentlich für uns auf dieser kommunalen Ebene wichtig ist - wir wollen wissen, was wir tun können, was kriegen wir für Instrumente an die Hand, um den Jugendlichen, die in Köln leben, die jetzt hier aufwachsen, um denen eine entsprechende Basis zu geben, dass die gar keine Gedanken daran verschwenden, dass sie gar nicht solchen Leuten, die sie einfangen wollen, auf den Leim gehen. Was muss von der Kommune aufgearbeitet werden, was muss von uns als Politik aufgearbeitet werden, was müssen wir bereitstellen und zwar trotz schwieriger Haushaltslage. Da müssen wir dann Prioritäten setzen.

Ich habe mir auch notiert ‚belastbare Aussagen‘. Das ist eben schon mal gesagt worden - worauf basiert die Studie? Auf drei Aussagen von irgendwelchen zufälligerweise gefundenen Leuten die sich bereit erklärt haben etwas zu sagen? Die Zahl, derer, die nichts gesagt haben, ist wahrscheinlich eine viel größere. Wie soll ich das jetzt hier als ehrenamtliches Ratsmitglied aufnehmen, wie soll ich das bewerten? Deswegen waren Ihre Ausführungen eben doch sehr hilfreich.

Ich denke, es kommt am 07.06. in den AVR und all die Fragen, die jetzt mit Verfassungsschutz zu tun haben, gehören hier, glaube ich, eigentlich überhaupt nicht hin. Die gehören dahin, wo auch der rechtliche Hintergrund ein besserer ist als vielleicht jetzt hier. Als Information finde ich das gut. Wir müssen sensibel sein, müssen uns auch damit beschäftigen und die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Die Schlussfolgerungen für unsere politische Arbeit in den bis 2014 gewählten Gremien, wie auch im Rat der Stadt und im Integrationsrat – dort müssen wir die richtigen Antworten herausfinden im Sinne einer positiven Entwicklung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, und dass die eben nicht den Eindruck haben ‚ich bin benachteiligt, ich bin hier außen vor, ich werde nicht genommen, ich bekomme keine Lehrstelle‘. Hier muss man sich hinterfragen und das tun wir ja und jeder weiß das hier.

Wenn mir eine Firma sagt „ich würde gerne ausbilden, aber die sich bei mir vorstellen sind nicht ausbildungsfähig“, dann müssen wir eben einen Schritt weiter zurückgehen und müssen dafür sorgen, dass die zukünftigen jungen Menschen hier ausbildungsfähig werden: Es ist die Aufgabe aller Erwachsenen, egal in welcher Partei sie sind, alles dafür zu tun, dass diese Kinder eine Chance haben: Einen Satz von Herrn Gemeiner, der damals das Kinderdorf entwickelt hat, habe ich mir gut gemerkt: „alle Kinder dieser Welt sind unsere Kinder“.

Also keine Ausgrenzung und deswegen sage ich, müssen wir alles für die Kinder tun, egal mit welchem Hintergrund und welcher Nationalität sie hier leben. Sie werden hier wohnen bleiben, das ist ganz unstrittig. Ich kenne viele türkische Jugendliche, Heranwachsende oder mittlerweile Erwachsene, die sagen „selbstverständlich, meine Eltern, Großeltern kommen aus der Türkei, ich fahre da auch in Urlaub hin, aber meine Heimat ist Köln“ die sind hier groß geworden, die kennen nichts anderes.

Wir würden uns auch anschließen, hier diese zweite Stufe der Studie noch zu bekommen, aber: ‚Köln brennt nicht‘. Wir sind nicht in einer Situation, wo wir jetzt sagen „oh Gott, oh Gott was passiert hier alles in Köln“ - in der Situation sind wir nicht. Das möchte ich auch noch mal deutlich machen und ich freue mich über Ihre Aussage, dass es zur Zeit da keinen wesentlichen Handlungsbedarf gibt.

Frau Schmerbach:

Ich hatte mich spontan gemeldet nach dem Beitrag von Herr Dr. Elster. Ich sehe den Bericht jetzt nicht so, dass wir jetzt hier dem Bericht des Verfassungsschutzes oder dem Staatsschutz zuarbeiten, sondern hier geht es ja darum, welche Strömungen und Tendenzen bei den Jugendlichen entstehen können, wenn sie ‚irgendwie von der Gesellschaft alleine gelassen werden‘. Also ich fand den Bericht sehr aufklärend - natürlich gibt es auch immer bei Forschungsprojekten Mängel. Ich freue mich und hoffe, dass wir den zweiten Teil dieses Berichtes beschließen, der ja dann ganz konkret und wesentlich ist, wie den Tendenzen in Richtung Rechtsradikalismus entgegengewirkt werden kann.

Frau Nikpay:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich wollte erstmal dem Herrn Prof. Dr. Bukow und seinem Team für diese ausführliche und sehr detaillierte Arbeit danken. Ich habe fünf Stunden an der Studie gesessen und bin immer wieder auf Sachen gestoßen, die sogar mir unbekannt waren. Es besteht absoluter Bedarf, dass der zweite Teil in Angriff genommen wird, da es hier um Jugendliche geht, die hier heranwachsen, deren Zahl nicht gering ist und die absolut nicht über diese Ideologien, welche Herr Prof. Bukow explizit erklärt hat, aufgeklärt sind und blind irgendeiner Sache folgen und gewalttätig und handgreiflich werden und mit Parolen um sich schmeißen. Ich hab diesbezüglich genug Erfahrungen an den hiesigen Schulen gemacht. Auch in Porzer Schulen sind mir Fälle bekannt, wo türkische Jugendliche, die leider von solchen Leuten beeinflusst worden sind, sich gegenüber ihren Mitschülern leider nicht sehr gut verhalten haben. Solch ein hasserfülltes Gedankengut kann man nur dadurch bekämpfen, indem man Aufklärung, Aufklärung und nochmals Aufklärung leistet. An die Eltern und die Lehrerschaft an den Schulen müssen solche Broschüren verteilt werden, die Schüler und deren Eltern müssen aufgeklärt werden. Für eine solche Aufklärungsarbeit sind Leute wie Herr Prof. Bukow und Frau Lausberg nötig.

Herr Peil:

Also ich teile die hier breit geäußerte Kritik an diesen Bericht nicht, sondern ich finde, dass er durchaus wissenschaftlichen Kriterien stand hält. Es sind ja nicht nur 15 Leute interviewt worden, sondern hier ist ja auch Primärliteratur und Sekundärliteratur ausgewertet worden. Hier sind ideologische politische Verbindungen zu bestimmten Organisationen hergestellt und erläutert worden, insoweit bietet der Bericht durchaus eine Grundlage für eine weitere Debatte. Dass das noch keine praktischen Auswirkungen hat, das ist dem zweiten Teil geschuldet, aber ich denke, für das Verständnis der Entwicklung von rechtsradikalen Organisationen in Deutschland bietet der Bericht durchaus eine brauchbare Grundlage. Dass einzelne Personen im Integrationsrat, die vielleicht einigen diesen Organisationen nahestehen, sich da nicht wiederfinden, das ist nicht erstaunlich. Ich habe vorhin von Herrn Prof. Bukow gehört - und das würde ich teilen -, dass es hier nicht um einzelne Biographien geht, die sich hier wiederfinden müssen. Für die generelle Linie, also für das Verständnis solcher Organisationen, bietet der Bericht eigentlich eine gute Grundlage und dafür bin ich dankbar.

Herr Bukow:

Ich kann natürlich nicht zu allem detailliert etwas sagen; vielleicht zum Verständnis: es ist Ihnen klargeworden, dass diese Untersuchung eine größere Einheit dargestellt hat

und dass wir hier auftragsgemäß nur den ersten Teil geliefert haben. Wir hätten gerne alles en bloc gemacht, aber Sie müssen sich auch darüber im Klaren sein, dass das Geld, was die Stadt Köln zur Verfügung gestellt hat, für solch eine Untersuchung nicht ausreicht. Meine Arbeitskraft wurde nicht bezahlt, auch die Arbeitskraft von anderen Kollegen die hier mitgearbeitet haben wurde nicht bezahlt - das heißt, die Gelder, die wir von ihnen bekommen haben, sind nur Personalgelder für zwei wissenschaftliche Mitarbeiter gewesen und nicht für den ganzen Apparat, der dahinterstand. Insofern ist das ja schon ein bisschen breiter angelegt. Sie müssen auch bedenken - das ist ja bei den letzten Fragen noch mal ganz deutlich geworden – dass es unser Auftrag war, die politische Dimension auszuloten und nicht die statistische.

Ich habe keine Schwierigkeiten zu sagen, dass das, was der Verfassungsschutzbericht schreibt, für uns politisch besonders wichtig ist; das mag einen gewissen Fußabdruck geben zur Problematik. Was sich aber sozusagen dort konkret abdrückt, kann man dort nicht erkennen. Den Verfassungsschutzbericht haben wir schon sehr lange. Bezeichnenderweise haben Sie diesen aber auch nie hier diskutiert, weil Sie eben weniger an den Fußabdrücken als vielmehr an der Sache selber interessiert sind. Sie kriegen dort in der Tat ganz interessante Informationen, aber viel helfen tun sie nicht, denn wir wissen nicht, wer ist das eigentlich, der diesen Abdruck hinterlassen hat und was er damit wollte.

Das führt sozusagen weiter zurück in den Argumenten. Sie können natürlich auch nicht jemanden, der an einer bestimmten Stelle rechtsradikale Gedanken hat, insgesamt zum Rechtsradikalen stempeln. Das ist halt so mit den Menschen - Menschen sind immer vieles gleichzeitig. Sie sind ja nicht nur Familienvater, Mutter und Lehrerin oder zum Beispiel Verbandsvorsitzende, sondern gleichzeitig auch noch ganz viele andere Sachen. Wir treffen natürlich Jugendliche, die sich aus unserer Perspektive heraus rechtsextrem / rechtsradikal verhalten. Das heißt aber nicht, dass sie insgesamt so sind - Gott sei Dank ist das in der Regel nicht der Fall. Es ist ganz selten, dass eine ganze Biographie von diesem Gedanken geprägt ist - die meisten Leute sind glücklicherweise nicht so konsequent.

Das macht es methodisch schon mal schwieriger, weil wir natürlich nicht wissen wollen, dass es ein lieber Familienvater oder ein lieber Sohn ist, sondern wir wollen wissen, was die Person dann macht, wenn sie auf der Straße mit den Freunden zusammen ist. Da kann es schon ziemlich bitter werden. Vielleicht kriegen Sie auf dem Schulhof extrem unerfreuliche Ausschnitte, wo dann die Eltern sagen: „zu Hause sind sie ganz lieb“ – der ist dann auch zu Hause oft ganz lieb, das ist einfach so. Trotzdem müssen wir genau hinschauen und müssen diese ‚Elemente‘ auch erwischen, wenn sie sich schlecht benehmen, wenn sie sich auch radikal benehmen, wenn sie auch gewalttätig werden und sagen: „Leute oder Jung - jetzt schau dir das doch mal an“ - das muss man dann gemeinsam diskutieren.

Ein ganz wichtiges Element ist - und das lässt sich eben mit Zahlen gar nicht machen - wenn man mit diesen Menschen direkt redet. Dann müssen sie sich verhalten, sie sind gezwungen Stellung zu nehmen und Argumente zu bringen. Das ist genau der Punkt, den wir brauchen. Wir müssen eine Sensibilität für die Situation entwickeln, in der sie stecken, um ihre Situation verstehen zu können. Wir müssen aber auch Argumente finden, die sie zur Argumentation wieder herausfordern.

Wir müssen auch diese Gruppendynamik im Blick haben die wir umbauen müssen. Diejenigen, die pädagogisch arbeiten, wissen, was ich damit meine. Deswegen haben wir auch mit Experten geredet.

Aber ich habe ihnen auch gesagt, Experten sehen mitunter immer nur die Katastrophen, die übrigen 90%, die sonst noch herumlaufen, die sehen sie eben nicht. Experten sind oft auch alarmistisch orientiert, weil sie sozusagen unter der Situation leiden. Dies müssen wir natürlich mit in Rechnung stellen. Wie Sie gesehen haben, haben wir

ganz absichtlich ganz unterschiedliche Leute ganz breit befragt. Hätten wir die gleichen Leute in ähnlicher Situation befragt haben, hätten wir nur die gleichen Bilder bekommen.

Was meinen Sie, wenn ich nur Leute, die beim Verfassungsschutz sind, befragt hätte oder wenn Tekin, der auch diese Gespräche geführt hat, nur Leute gefragt hätte, die aus seinem türkischen Milieu kommen. Sie sehen, jeder sieht das ein bisschen anders, jeder hat seine Orientierung und wir versuchen es ein bisschen zusammenzubringen. Wir versuchen auch, das ein bisschen auszugleichen und bestimmte Elemente deutlich herauszustellen.

Der Hinweis auf die Biografien von einzelnen Menschen ist ja nicht falsch. Wenn wir Zeit genug gehabt hätten, wenn wir nicht nur drei Monate gearbeitet hätten, sondern vielleicht zwei Jahre, wie es in einem anständigen Projekt sein sollte, dann hätten wir sicherlich auch Biografien eingebaut. Wir hätten den Menschen, deren Biografien wir dann abgebildet hätten, die Chance gegeben, ihre eigenen Veränderungen, die für uns ja lehrreich sein können, mit zu berichten - wir hätten sie auch mit referiert.

Ich wehre mich natürlich dagegen zu sagen, Herr X ist so, also kriegt er ein Label. Wir sehen, wenn wir mit den Menschen reden - und das ist ja das Spannende - unter welchen Bedingungen sie bereit sind ihre politischen Einstellungen auch wieder zu ändern. Wir alle ändern uns glücklicherweise auch ständig - niemand ist so borniert, dass er seine Biografie mit seinem 17. Lebensjahr festgenagelt hat - das passiert nur ganz selten. Das ist nur in diesen Ausgrenzungssituationen so, in der Isolierung. Deswegen müssen wir alles tun - der Kollege hat es ja deutlich gesagt -, dass wir Isolierung und Ausgrenzung verhindern, um ins Gespräch zu kommen und zu bleiben, denn dazu haben wir die Sprache, um miteinander zu reden und uns gegenseitig zu beeinflussen.

Ein Kemalist muss natürlich kein Rechtsradikaler sein - ein Kemalist ist zunächst einmal ein ganz konventioneller Nationalist. Der Kemalismus - das wissen wir alle - ist auch eine Reaktion des türkischen Staates nach dem 1. Weltkrieg gewesen. Der Kemalismus ist im Grunde eine verspätete Ideologie, wie wir in Deutschland auch ein verspäteter Nationalstaat sind mit all seinen Problemen. Die Ironie ist natürlich, dass gerade in der Hinsicht Deutsche und Türken manches gemeinsam haben und wir manches aus der wechselseitigen Sicht lernen können.

Ich bin selber im Rahmen von Austauschprogrammen in der Türkei und an türkischen Universitäten. Es ist durchaus spannend zu sehen, wie breit das politische Spektrum in der Türkei längst ist und es wäre gut, wenn dieses breite Spektrum auch bei den Leuten aus der Türkei, die hier schon seit Jahren leben und sich immer noch auf die Türkei hin orientieren, mal bei denen ankäme.

Das ist leider in der Migrationsbewegung oft so, dass dieses dort nicht ankommt. Das ist der klassische Migrantenkonservatismus, weshalb Sie in Südamerika immer noch königs- und kaisertreue Deutsche finden, obwohl es in Deutschland seit 100 Jahren out ist - das haben die noch nicht gemerkt und da sind eigentlich die Türken hier bei uns schneller.

Zum Schluss zum Gefahrenpotential. Ich glaube nicht, dass Zahlen uns bei der Einschätzung des Gefahrenpotentials - abgesehen von dem Fußabdruck - viel weiter bringen. Wie lange haben wir den Verfassungsschutzbericht und was hat er bewirkt, außer dass die Politiker mal wieder neue Gesetze machen, die dann wieder alarmistisch orientiert sind - ansonsten hilft das normalerweise nicht viel weiter. In den ganz extremen Fällen mag das ja so sein, aber normalerweise lassen sich mit solchen Berichten keine politischen Bewegungen und politischen Erkenntnisse organisieren.

Deswegen gibt es ja auch uns und nicht nur die Staatspolizei.

Beschluss:

Kenntnis genommen

4.4 Sport in Metropolen Netzwerk Sport und Bewegung Mülheim und Nippes 1298/2010

Dieser Tagesordnungspunkt wird zurück gestellt und soll in der nächsten Sitzung behandelt werden.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Es liegen keine Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung vor.

6 Berichte

6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

Frau Coban berichtet als sachkundige Einwohnerin des Integrationsrates aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung von der Sitzung am 19.04.2010 die Ergebnisse einer Präsentation zum Thema „Kindergesundheit im Vorschulalter“ in Stichworten:

- „Ca. 9000 Kinder werden pro Jahr eingeschult
- Kinder mit vollständigem Impfpass (Masern, Röteln, Mumps) bei der Einschulung:
2004 => 63,2%
2009 => 90,3%
- Teilnahme an der Früherkennung für Kinder-U8 (Untersuchung im 46. bis 48. Lebensmonat (3 3/4 Jahre))
2004 => 86,5%
2009 => 88,7%
- 12% aller Kinder sind übergewichtig

- Entwicklungsstand der Kinder:
40% weisen Auffälligkeiten auf (z.B. sprachliche, gemeint sind medizinische; Unterschied zum pädagogischen Ursprung der Sprachauffälligkeiten)
- Kindergartenbesuch korreliert mit den Auffälligkeiten (+ => -)
- Bemerkenswert:
Zum einem fehlender Impfschutz v. a. Bei gehobenem Elternstatus
Zum anderen stark betroffene Gebiete sind Meschenich, Flittard usw.
- Jugendhilfe ist wichtig, damit Eltern richtig geschult werden, Kompetenzstärkung
- Voller Mehrwertsteuersatz von 19% auf Schülermittagessen
- Seit 2006 werden in Köln OGTS ausgebaut
- Es fehlen in ganz Köln ca. 2000 OGTS-Plätze
- Fehlende OGTS-Plätze in Köln-Riehl, 1900 Unterschriften von den Riehl-Kids für den weiteren Ausbau.

Frau Mucuk-Edis schlägt vor, die Leiterin des Gesundheitsamtes Frau Dr. Bunte zu bitten, den Bericht zum Thema „Kindergesundheit im Vorschulalter“ unter besonderer Beachtung der Kinder mit Migrationshintergrund im Integrationsrat vorzustellen. Die Verwaltung sagt dies zu.

6.2 Bericht aus der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA NRW)

Es wird kein Bericht zu diesem Tagesordnungspunkt gegeben.

7 Beschlussvorlagen

7.1 Entsendung eines Mitgliedes des Integrationsrates in den Beirat zum Moscheeneubau der DITIB in Köln-Ehrenfeld 1280/2010

Es wird nach längerer Diskussion beantragt, die Abstimmung über die Entsendung eines Mitgliedes des Integrationsrates in den Beirat zum Moscheeneubau der DITIB in Köln-Ehrenfeld auf die nächste Sitzung zu verschieben. Die Verwaltung sagt zu, die erforderlichen Unterlagen zur Durchführung einer geheimen Wahl vorzubereiten.

Beschluss:

Die Mitglieder entscheiden die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei drei Enthaltungen.

**7.2 Tagesordnung der Sitzungen des Integrationsrates - Ergänzung
1676/2010**

Herr Jung stellt den Antrag, die Beschlussvorlage dahingehend zu ergänzen, dass die jeweilige Vorstellung von Institutionen und Trägern der Integrationsarbeit an das Ende der Sitzungen des Integrationsrates gesetzt werden.

Diese Ergänzung wird mehrheitlich mit elf Stimmen bei neun Gegenstimmen (keine Enthaltung) abgelehnt.

Beschluss:

Zu Beginn jeder Sitzung sollen Institutionen der Integrationsarbeit die Gelegenheit gegeben werden, ihre Struktur und Arbeit zehn Minuten lang vorzustellen – anschließend besteht fünf Minuten lang die Möglichkeit zu Nachfragen.

Begonnen werden soll mit der Vorstellung der relevanten städtischen Institutionen (Interkulturelles Referat, Ausländerbehörde, Regionale Arbeitsstelle (RAA), Interkultureller Dienst des Jugendamtes etc.); später beschließt der Integrationsrat anhand einer seitens der Geschäftsführung vorgelegten Liste über weitere Institutionen und Projekte, über die er sich informieren lassen möchte.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit 14 Stimmen bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung.

7.3 Geschäftsordnung des Integrationsrates

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

**7.4 Aktionstag Sprachenvielfalt - Unterstützung einer Fachtagung
1716/2010**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

**7.5 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner / Einwohnerinnen in die Ratsausschüsse - Ausschuss Liegenschaften
1853/2010**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung zurückgezogen und soll in der nächsten Sitzung behandelt werden.

8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit wird nicht vorgeschlagen.

9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Es werden keine mündlichen Anfragen gestellt.